nen, daß auf der Grundlage des Genfer Abkommens eine Lösung des Vietnamkonflikts gesucht werden muß, die in vollem Umfang mit den Zielen des Freiheitskampfes des vietnamesischen Volkes übereinstimmen muß, über sein Schicksal selbständig, ohne Einmischung von außen zu entscheiden.

Beide Seiten stellen fest, daß sich in Europa eine immer breitere und vielseitigere Zusammenarbeit der europäischen Länder unterschiedlicher Gesellschaftsordnung entwickelt, was zur allgemeinen Verbesserung der Situation in Europa beiträgt. Sie begrüßen die Initiativen und Vorschläge der Regierungen einer Reihe europäischer Länder, die auf die Schaffung einer günstigeren Atmosphäre, auf die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Grundlage und auf die Schaffung von Bedingungen für die Lösung der Fragen der europäischen Sicherheit gerichtet sind.

Dabei weisen beide Seiten darauf hin, daß sich einer solchen Entwicklung in Europa die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik Deutschland widersetzen. Die Nichtanerkennung der bestehenden Grenzen, die Unterstützung revanchistischer Tendenzen, das Bestreben, Zugang zu Kernwaffen zu erhalten, sowie das Festhalten an der Hallstein-Doktrin, die dem Völkerrecht widerspricht, stellen Hindernisse dar und erschweren die Anstrengungen für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa. Der Verzicht auf eine solche Politik seitens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und ihre Eingliederung in die positiven Prozesse in Europa würden zur weiteren Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit und Sicherheit beitragen.

Beide Seiten gaben, wie auch bei ihrer Begegnung im vergangenen Jahr, der Überzeugung Ausdruck, daß das deutsche Problem nur auf friedlichem Wege bei Anerkennung der Realität der Existenz zweier deutscher Staaten, der Notwendigkeit der Normalisierung der Situation in Westberlin und unter den Bedingungen der weiteren Verbesserung der Situation in Europa gelöst werden kann.

Die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten würde diesen Prozeß beschleunigen.

Die jugoslawische Seite hob hervor, daß die Deutsche Demokratische Republik durch ihre friedliebende Politik in dieser Hinsicht schon einen bedeutenden Beitrag geleistet hat.

Beide Seiten widmeten ebenfalls der Entwicklung der internationalen ökonomischen Beziehungen Aufmerksamkeit und halten es für notwen-